

Auer Tageblatt

Verantwortlich: Dr. Friedrich Auer
Redaktion: Auer-Tageblatt
Verlag: Auer-Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Dr. Friedrich Auer
Redaktion: Auer-Tageblatt
Verlag: Auer-Tageblatt

Entscheidend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 4 Mittwoch, den 6. Januar 1932 27. Jahrgang

Die Vorgänge in Indien

Die Verhaftung Gandhis

London, 4. Januar. Die gefürchtete Verhaftung des jetzt 68-jährigen Gandhi ist genau eine Woche nach seiner Rückkehr aus London erfolgt und ist die dritte, die ihm die Führerschaft der indischen Nationalbewegung eingetragen hat. Im Jahre 1922 war er zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden, von denen er zwei Jahre verbüßte. Er wurde dann wegen seines Gesundheitszustandes freigelassen. Das zweite Mal wurde er im Mai 1930 verhaftet, als er seinen berühmten Marsch nach der Meerestüste bei Danai durchführte. Damals hat er, wie erinnerlich, durch die gewalttätige Herstellung von Salz das Zeichen zum Beginn der Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams gegeben. Er verbrachte dann mehrere Monate in dem Gefängnis bei Puna, wohin er auch jetzt gebracht wurde. Seine damalige Freilassung erfolgte, um ihm Gelegenheit zu Verhandlungen mit dem Vizekönig Lord Irwin zu geben. Diese fanden auch statt und führten zu dem sogenannten Gandhi-Pakt.

Die Londoner Morgenpresse ist mit Ausnahme des Arbeiterblattes Daily Herald, das die Methode der Gewaltanwendung gegenüber der indischen Nationalbewegung zweifellos nennt, der Ansicht, die Verhaftung des Mahatma sei zu billigen. News Chronicle zum Beispiel erklärt, die Verantwortung für sie liegt nicht bei der Regierung, denn Gandhis Haltung habe ihr kaum eine andere Möglichkeit gelassen. Das Blatt hofft, die Regierung werde ihren entschlossenen Willen, die Politik der Verfassungsreform fortzusetzen, beweisen.

Englands angebliche Indienpolitik

London, 4. Januar. Nach einer Mitteilung von zuverlässiger Seite verfolgt die Politik der Regierung weiter das Ziel, eine weitgehende Verständigung über die indischen Verfassungsfragen auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Die Opposition werde ihre Auffassung auf gelegentliche Weise zum Ausdruck bringen müssen, aber nicht in einer Art, die den Regierungsorganismus gefährden sollte.

Zusammenstöße in Allahabad

Allahabad, 4. Jan. Die Polizei mußte einen Zug von Anhängern des Nationalkongresses mit Gewalt

auflösen. Zwei Personen wurden getötet und mehrere verletzt. Etwa 30 Personen wurden verhaftet.

Auch Prasad verhaftet

Bombay, 4. Jan. Auch Prasad, der als Nachfolger Patels zum Präsidenten des indischen Nationalkongresses ernannt worden war, ist verhaftet worden. Die Behörden treffen alle Vorkehrungen, um Ansammlungen und Demonstrationen von Anhängern Gandhis zu verhindern.

Eine Botschaft Patels an die indische Nation

Bombay, 4. Januar. Der verhaftete Präsident des Nationalkongresses, Vallabhai Patel, erließ vor seiner Ueberführung ins Gefängnis folgende Botschaft an die indische Nation: „Diesmal wird es einen schweren Krieg bis zum Ende geben. Ich hoffe, die Nation wird bereit sein, die äußersten Opfer zu bringen, aber den Weg völliger Gewaltlosigkeit niemals zu verlassen.“

Zu seinem Nachfolger ernannte er das Mitglied des Volksgesandtschaften des Nationalkongresses, Babu Rajendra Prasad.

Vier Verordnungen des Vizekönigs

Delhi, 4. Januar. Der Vizekönig hat vier Verordnungen erlassen, um die Ungehorsamkeitsbewegung zu bekämpfen. Die erste gibt der Regierung und ihren Vertretern außerordentliche Vollmachten für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung, die zweite richtet sich gegen Anführer ungezügelter Handlungen, die dritte gegen gewalttätige Vereinigungen. Die vierte bezieht sich auf den Schutz von Leben und Eigentum.

Der indische Exekutivrat für ungeschlechtlich erklärt Delhi, 4. Januar. Der Exekutivrat des indischen Nationalkongresses ist für ungeschlechtlich erklärt worden.

Jawaharlal Nehru zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt

Ahmedabad, Jawaharlal Nehru, der vor einigen Tagen wegen Uebertretung des Verbots, die Stadt zu verlassen, verhaftet worden war, wurde zu 2 Jahren schweren Kerkers und zu einer Geldstrafe von 500 Rupien verurteilt.

Die Lage im Ruhrgebiet

Kommunistische Streikbewegung im Ruhrgebiet gescheitert

Essen, 4. Januar. In der heutigen Mittagsstunde sind die Belegschaften auf allen Zechen des Ruhrgebietes angefahren mit Ausnahme von Zeche „Diergardt“, wo von 420 Mann Belegschaft 187 Mann fehlten. Die kommunistischen Verfechter, einen allgemeinen Streik herbeizuführen, können als gescheitert angesehen werden.

Auch im Kattener Kohlengebiet ist heute verschiedentlich versucht worden, die einfahrenden Bergleute von der Arbeit abzuhalten. Es ist jedoch in keinem Falle gelungen.

Streikführer vor dem Schnellrichter

Essen, 4. Jan. Vor dem Schnellrichter in Welsenkirchen hatten sich heute mehrere Streikführer zu verantworten, die sich gestern auf einer Werksversammlung den polizeilichen Anordnungen widersetzt hatten. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Frank (Berlin) wurde mit drei Monaten und einer Woche Gefängnis bestraft. Zwei weitere Angeklagte erhielten je drei Wochen Gefängnis. Auch in Recklinghausen wurden zwei Kommunisten zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie kommunistische Flugblätter verteilt hatten.

Maschinen mit der Spitzhacke zerstört

Siegen, 4. Jan. Im allgemeinen ist die Streikbewegung im Braunkohlenrevier ohne erhebliche Zwischenfälle verlaufen. Nur in der Horremer Bricketfabrik haben in der vergangenen Nacht einige Leute versucht, der Streikparole dadurch Wirksamkeit zu verschaffen, daß sie die Maschinen mit Spitzhacken zerstörten. Die Maschinen konnten nicht in Gang gesetzt werden.

Unruhen in Unna

Unna, 4. Jan. Vor dem hiesigen Rathaus versammelten sich heute abend etwa 500 Demonstranten. Die Polizei mußte Verstärkungen aus Dortmund herbeiführen.

Neue Verhaftungen

Oberhausen, 4. Januar. 100 Personen, die versuchten, Streikposten aufzustellen und teilweise auch unter Gewalt Zwangsmaßnahmen am Betreten des Arbeitsfeldes zu verhindern, wurden heute hier festgenommen. Sie wurden dem Richter vorgeführt und wurden heute noch im Schnellverfahren abgeurteilt.

Erfolgreiche Streikparolen in Köln

Verhaftung eines kommunistischen Stadtverordneten

Köln, 4. Januar. Größere Trupps der KPD und des kommunistischen Jugendverbandes versuchten heute in aller Frühe, insbesondere das Personal der Straßenbahnen zum Streik aufzureizen, was jedoch mißlang. Die Polizei schritt mit starkem Aufgebot ein, zerstreute ohne ernstliche Zwischenfälle die Ruhestörer und nahm insgesamt 36 Verhaftungen vor. Zu sehr bewegten Szenen kam es auf dem Straßenbahnhof Köln-Nord, wo das Betriebsratsmitglied dieses Bahnhofes, Stadtratsmitglied Siefert (KPD) zum Streik aufforderte. Er wurde schließlich von der Polizei verhaftet.

Sprengstoffdiebstahl

Reinsdorf, 4. Jan. Im hiesigen Betriebe der Rheinischen Dynamitwerke A.-G., früher Rheinisch-Westfälische Sprengstoff A.-G., verhafteten sich nachts Diebe durch ein Fenster Zutritt zum Sprengstofflager und entwendeten 2000 Sprengstoffpfeile.

Frankreich unerfättlich

Die Kriegsschäden in Frankreich von Deutschland schon mehr als bezahlt

Die Höhe der französischen Wiederaufbaukosten

Berlin, 4. Januar. In den Erörterungen über die Höhe der französischen Wiederaufbaukosten, die in letzter Zeit sowohl in der Presse als auch in Vorträgen erfolgt sind, sind teilweise widersprechende Zahlen angegeben worden. Von zuständiger Stelle erfahren wir dazu, daß auf Grund des französischen Staats-Boranschlages für 1932 die gesamten Aufwendungen für den Wiederaufbau mit rund 98 Milliarden Papierfranken bewertet werden. Wenn man davon die Höhe der Schäden an öffentlichem Eigentum, die auf 5,8 Milliarden Franken beziffert werden, und die Zinsen und Verwaltungskosten in Höhe von 12,5 Milliarden abzieht, so bleibt ein Betrag von 79,8 Milliarden Papierfranken übrig. Auf Grund der bekannten Sanierungsnotiz vom 5. November 1918 ist Deutschland

lediglich für einen Schaden in dieser Höhe ersatzpflichtig, da in dieser Note nur ein Erfas für die Schäden an Eigentum und Personen der Zivilbevölkerung festgelegt worden ist. Die genannte Differenz wird auch bestätigt durch Äußerungen des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten Deligne, der im September vergangenen Jahres in einem Vortrag die Wiederaufbaukosten auf rund 80 Milliarden Papierfranken beziffert hat. Das würde also nur einen ganz geringen Unterschied gegenüber der Zahl des französischen Staats-Boranschlages bedeuten.

Diese auf französische Berechnungen beruhende Summe entspricht gegenwärtig etwa einem Betrag von 18,5 Milliarden RM. Wenn man die Schätzungen des amerikanischen Institute of Economic vom Jahre 1928 zugrundelegt und dazu die deutschen Zahlungen auf Grund des Dawes- und Youngplans hinzuzählt, ergibt sich, daß Deutschland bisher insgesamt 88,4 Milliarden RM Reparationen gezahlt hat. Der

Die Reichsbank am Jahresende

Zum Reichsbankausweis vom 31. Dezember 1931

Berlin, 4. Januar. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Dezember 1931 hat sich in der Ultimowoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wärseln und Schecks, Lombards und Effekten um 572,7 Millionen auf 4.047,2 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswärseln und Schecks um 403,8 Millionen auf 4.144,0 Millionen RM, die Bestände an Reichsbankwärseln um 42,8 Millionen auf 87,7 Millionen RM und die Lombardbestände um 68,3 Millionen RM auf 244,6 Millionen RM zugenommen. Die Bestände an Effekten erhöhten sich um 57,8 Millionen auf 160,7 Millionen RM infolge endgültiger Verbuchung der im Zusammenhang mit dem feinerzeitigen Barabfindungsangebot der Reichsbank übernommenen Goldbestandsbankaktien.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 272,1 Millionen RM in den Verkehr abgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 263,8 Millionen auf 4.776,8 Millionen RM, derjenige an Rentenbankscheinen um 8,8 Millionen auf 421,9 Millionen RM erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 5,4 Millionen RM ermäßigt. Der gesamte Zahlungsmittelumsatz stellte sich unter Einbeziehung von etwa 1200 Millionen RM Scheidemünzen und etwa 188 Millionen RM Privatbanknoten auf rund 6679 Millionen RM gegen 6406 Millionen RM Ende 1930. Die fremden Gelder zeigen mit 754,9 Millionen RM eine Zunahme um 34,2 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 1,8 Millionen auf 1156,8 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben sich die Goldbestände um 0,9 Millionen auf 964,0 Millionen vermindert, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 2,5 Millionen auf 172,8 Millionen RM zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 24,2 Prozent gegen 25,6 Prozent in der Vorwoche.

Amerikanische Politiker für Streichung der Reparationen

Washington, 4. Januar. Das republikanische Mitglied des Repräsentantenhauses, Ertien, erklärte, wenn die fremden Mächte weiterhin eine unmachgbare Unertrottheit an den Tag legten und die Streichung der Kriegsschulden verlangten, so sollten sie dann wenigstens auch der Revision des Versailles Vertrages zustimmen. Der Kongreß sei am Ende seines Opferwillens angelangt und werde sich nicht länger täuschen lassen. Im Hinblick auf den Festzug, den die Mächte, wie man hier erwartet, für eine Herabsetzung der Schulden führen werden, nahm Ertien Bezug auf die abgetretenen deutschen Kolonien und führte aus: Niemand kann den Sachwert dieser Kolonien schätzen, jedoch kann angenommen werden, daß ihr Wert die Deutschland auferlegten Young-Planzahlungen um ein Vielfaches übersteigt. Abgeben von den schrecklichen Todesopfern eines Krieges, der vergebens gekämpft wurde, ist Frankreich und England bereits viel begünstigt worden. Jetzt sollten sie tun, was sie immer predigen und alle Reparationen, Streichen, sowie den Versailles Vertrag revidieren.

Vor dem Abschluß der Zinsberatungen

Berlin, 4. Januar. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Geldinstitute und dem Bankensammler über die neuen Zinssätze zu einer Einigung in den Hauptfragen geführt. Es ist ein Rahmenvertrag für die Behandlung sowohl der Haben- als auch der Sollzinsen und der Provisionen aufgestellt worden, der den einzelnen Verbänden des Geldwesens zugewiesen ist. Unmittelbar nach der Genehmigung dieses Rahmenvertrages durch die Verbände wird der vorgesehene „zentrale Kreditausschuß“ zum ersten Mal zusammentreten, um dann über die Höhe der Sätze im einzelnen zu beschließen. Mit der Veröffentlichung des Zinsfußungsvertrages ist Ende der Woche zu rechnen.